

Holocaust-Überlebende warnt Merz: Keine Kooperation mit der AfD!

Holocaust-Überlebende Eva Umlauf warnt Friedrich Merz vor einer Kooperation mit der AfD und mahnt zur Wahrung demokratischer Werte.

München, Deutschland - Am 30. Januar 2025 richtet sich Eva Umlauf, eine 82-jährige Holocaust-Überlebende, mit einem eindringlichen Appell an Friedrich Merz, den Unions-Kanzlerkandidaten. In einem offenen Brief warnt sie davor, am kommenden Freitag das Zustrombegrenzungsgesetz in Zusammenarbeit mit der AfD zu beschließen. Umlauf ist eine gewichtige Stimme in der Debatte um Rechtsextremismus in Deutschland, da sie selbst als Zweijährige ins NS-Vernichtungslager Auschwitz gebracht wurde.

Umlaufs Leben hätte einen anderen Verlauf nehmen können, wie sie betont: Wäre ihr Zug drei Tage früher angekommen, wäre sie vermutlich nicht überlebt. Diese persönliche Geschichte nutzt sie, um vor den Gefahren der Normalisierung extremistischer Ideologien zu warnen. Sie fordert Merz auf, rechtsextreme Kräfte nicht zu unterschätzen und stattdessen den Dialog mit anderen demokratischen Parteien zu suchen.

Die Gefahr der Zusammenarbeit mit Rechtsextremen

Die jüngsten politischen Entwicklungen berühren Umlauf besonders: Die Abstimmung der Union mit der AfD über Migrationsanträge hat ihrer Meinung nach die demokratische Brandmauer erschüttert. „Wenn am Freitag im Bundestag ein

Gesetz gemeinsam mit Rechtsextremen verabschiedet wird, dann bedeutet das einen historischen Tiefpunkt“, erklärt sie in ihrem Brief. Diese Zusammenarbeit könnte die bereits fragilen Grenzen zwischen demokratischen Parteien und extremistischen Gruppierungen weiter verwischen.

Umlauf beschreibt die gegenwärtige politische Situation in Europa als alarmierend und spricht von einem spürbaren Rechtsruck in vielen Ländern. Diese Entwicklung bereitet ihr große Sorgen, da sie glaubt, dass die Normalisierung von Feinden der Demokratie nicht nur ein nationales Problem darstellt, sondern vielmehr ein europäisches Phänomen ist. Der gemeinsame Diskurs mit rechtsextremen Parteien gefährde die Grundwerte der Demokratie, die sie zu verteidigen versucht hat.

Rechtsextremismus in der EU

Ein Kontext für Umlaufs Ängste bietet die Anhörung im Europaausschuss zum Thema Rechtsextremismus, die am 11. Oktober 2022 in München stattfand. Die Veranstaltung wurde von der SPD-Fraktion initiiert und von den Grünen sowie der FDP unterstützt. Experten aus verschiedenen Bereichen, darunter Vertreter von Universitäten und der EU-Kommission, erörterten die Herausforderungen, die sich durch den Anstieg rechtsextremer Strömungen in Europa ergeben.

- **Gefahren von rechtsextremen Strömungen:**
 - „Neue Rechte“: Parteien wie die AfD und deren Ideologien.
 - Gewaltorientierte Rechtsextremisten: Mit neo-nationalsozialistischen Ideologien verbunden.
 - Rechtsterroristische Organisationen: Beispiel NSU und die Radikalisierung junger Menschen.

Die Diskussion über diese Themen zeigt, dass Rechtsextremismus nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa eine ernsthafte Bedrohung darstellt. Die Expert:innen nannten auch neue Rekrutierungsmethoden der rechtsextremen

Szene, die immer mehr auf digitale Plattformen und moderne Technologien setzen. Ein Aspekt, der ebenfalls besorgniserregend ist, sind die gewaltbereiten Gruppen, die als legitime politische Parteien auftreten und sich zunehmend in die Gesellschaft integrieren.

Umlauf appelliert eindringlich, eine Wiederholung der Geschichte zu verhindern. „Tun Sie es nicht“, mahnt sie Merz, und erinnert damit alle Entscheidungsträger daran, die Lehren aus der Vergangenheit ernst zu nehmen und die Fronten gegen extremistische Ideologien zu wahren.

Details	
Vorfall	Rechtsextremismus
Ort	München, Deutschland
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.dewezet.de• www.bayern.landtag.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de